

Umweltexperte: Nach Kohle-Kompromiss Verkehr angehen

Berlin/Düsseldorf (epd). Der Umweltexperte der westfälischen Kirche, Klaus Breyer, fordert von der Politik sich nach dem Thema Kohleausstieg nun dem Verkehr zu widmen. „Der Umbau des Energiesektors allein ist für den Klimaschutz in Deutschland bei weitem nicht ausreichend“, sagte der Leiter des landeskirchlichen Instituts für Kirche und Gesellschaft am Sonntag dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Schwerte. Auch die Bereiche Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft müssten ihren Beitrag leisten. Der Verkehr sei allerdings besonders Besorgnis erregend, erklärte Breyer. Dort

seien die CO₂-Emissionen seit 1990 um zwei Prozent gestiegen, während sie bis 2030 eigentlich um 40 Prozent sinken müssten. „Wer allein die aktuellen Diskussionen um das Tempolimit verfolgt hat, ahnt vor welchen Konflikten wir hier noch stehen“, betonte der Umweltexperte.

Die Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten Kohlekommission könne allerdings auch Vorbild für den Verkehr sein. „Denn sie hat gezeigt, dass durch sachliche Diskurse Interessensgegensätze und Blockaden überwunden und Kompromisse gefunden werden können“, sagte der Theologe.

Der Kompromiss der Kohlekommission sei somit „ein gutes Zeichen für die politische Kultur in Deutschland“, betonte Breyer. Die Vorschläge zeigten einen Weg auf, der bei kontinuierlichem Rückbau der Kohle einen sozialverträglichen Strukturwandel ermögliche, der Stromkosten begrenze und die energieintensive Industrie wettbewerbsfähig halte.

„Angesichts der Klimakrise muss der Kohleausstieg jedoch noch ambitionierter ausfallen“, sagte der Umweltexperte. Den nun beginnenden Umsetzungsprozess müssten auch die Kirchen konstruktiv und kritisch begleiten. Das gelte etwa für die Verkleinerung der Tagebaue, den Schutz des Hambacher Forsts oder die nachhaltige Ausrichtung und Beteiligung der Menschen bei der Gestaltung des Strukturwandels. „Um Planungssicherheit auf allen Seiten zu schaffen, müssen noch in diesem Jahr die Eckpunkte des Kohleausstiegs in einem Klimaschutzgesetz verankert werden“, forderte Breyer.

Auch der Klimaschutzplan NRW und dessen Umsetzung müsse unter Beteiligung der Zivilgesellschaft weiterentwickelt und an die Pariser Klimaziele sowie den Kohleausstieg angepasst werden. „Der unter Beteiligung von Wirtschaft, Umweltverbänden, Kirchen und Gewerkschaften entwickelte Klimaschutzplan NRW wird von der Landesregierung derzeit sträflich vernachlässigt“, kritisierte der Umweltexperte.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hatte am Samstagmorgen nach einer fast 21-stündigen Abschlusssitzung einen Kompromiss erzielt, der den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 vorsieht. Der Strukturwandel in den betroffenen Regionen soll mit Finanzhilfen in Höhe von 40 Milliarden Euro flankiert werden.